

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 22. November 1958

Blatt 2350

Gesperrt bis 12 Uhr:

14. Österreichischer Städtetag

=====

## Verfassungsrechtliche Neugestaltung des Gemeinderechtes

22. November (RK) Eines der drei Referate, die heute vormittag auf dem 14. Österreichischen Städtetag in der Wiener Stadthalle gehalten werden, sind die Ausführungen des Magistratsdirektors der Bundeshauptstadt Wien, Dr. Walter Kinzl, über "Verfassungsrechtliche Neugestaltung des Gemeinderechtes". In diesem interessanten Bericht über den Stand der Arbeit der Studienkommission für die Fortentwicklung des Gemeinderechtes befaßte sich der Referent mit dem Entwurf einer Verfassungsnovelle, der von dieser Kommission ausgearbeitet worden ist. Ihr gehören namhafte Fachleute auf dem Gebiet des Gemeinderechtes an; ihr Vorsitzender ist Dr. Kinzl. Mit der vorliegenden Arbeit dieser Kommission wird das Ziel verfolgt, für die kommunale Selbstverwaltung einen entsprechenden verfassungsrechtlichen Unterbau auszuarbeiten und zugleich die derzeit auf diesem Gebiet in der Bundesverfassung bestehende Lücke zu schließen. Bekanntlich sind die verfassungsrechtlichen Vorschriften über das Gemeinderecht hauptsächlich in Übergangsbestimmungen und nur zu einem geringen Teil in der Bundesverfassung selbst enthalten. Auf der Grundlage der Bundes-Verfassungsnovelle arbeitet die Kommission Musterentwürfe für Gemeindestatute und Gemeindeordnungen aus. Der Referent wird die mit der verfassungsrechtlichen Neugestaltung verbundenen Probleme darlegen und insbesondere ausführen, welche Bestimmungen dazu dienen sollen, den bekannten Satz von der freien Gemeinde im freien Staat verfassungsrechtlich zu fundieren.

Gesperrt bis 13 Uhr:

14. Österreichischer Städtetag  
=====

Maßnahmen zur Bekämpfung der Lärmplage

22. November (RK) Eines der drei Referate, die heute vormittag auf dem 14. Österreichischen Städtetag in der Wiener Stadthalle gehalten wurden, sind die Ausführungen des Bürgermeister-Stellvertreters von Salzburg Hans Donnenberg über Maßnahmen zur Bekämpfung der Lärmplage. Wie er sagte, zeigen sich immer deutlicher gesundheitliche Schäden und wirtschaftliche Nachteile als Folgen des übermäßigen Lärms. Der Lärm ist zu einem Problem, seine Bekämpfung zu einer ernstesten Aufgabe geworden.

Der Städtebund hat sich deshalb in einer gemeinsamen Arbeitstagung seines Verkehrsausschusses und seines Fachausschusses für Fremdenverkehr mit der Lärmbekämpfung beschäftigt und hiebei den Arzt, den Techniker, den Verwaltungs- und den Polizeijuristen zu Wort kommen lassen. Die Ergebnisse dieser Tagung sind die wesentlichen Grundlagen des Vortrages.

Die ärztlichen Untersuchungen über die Einflüsse des Großstadtlärms haben die Zunahme von Perzeptionsschäden des menschlichen Ohres festgestellt, Reihenuntersuchungen von Verkehrsbeamten der Polizei erwiesen in zahlreichen Fällen Dauerschäden an den Gehörorganen. Schon Lautstärken wie jene des normalen Straßenverkehrs beeinflussen das vegetative Nervensystem, die Atmung, die Durchblutung der Haut und des Gehirns und setzen dadurch Aufmerksamkeit und Arbeitsfähigkeit herab. Der Arzt warnt eindringlich vor den Schäden des Lärms.

Der Techniker erinnert daran, daß für die Beurteilung des Lärms nicht allein die Lautstärke maßgeblich ist, sondern auch Tonfrequenz (schrille Töne!) und Rhythmus. Die Technik kennt heute in fast allen Fällen, in denen Lärm erzeugt wird, auch wirksame Gegenmaßnahmen. Sie sind meist mit gewissen Opfern verbunden, wie Mehrkosten, Minderung der Betriebsleistung usw. - Die Lärmursachen sind vielfältig. Da ist beispielsweise das "moderne, hellhörige Haus". Zu Gunsten einer einmaligen Kostenersparnis werden Ruhe und Erholung im Heim von vielen Menschen

geopfert. Unter dem Lärm der Betriebe leiden Arbeiter und Anrainer. Die Geräuschkürzung wäre fast immer möglich. Zur schlimmsten Lärmquelle ist wegen seiner Intensität und Dauer der Verkehrslärm geworden. Auch hier gäbe es aussichtsreiche Maßnahmen zur Eindämmung des Lärms. Sie sind teils konstruktiver Art (Geräuschkürzungsmaßnahmen am Fahrzeug), teils baulicher Art (Umfahrungsstraßen, Vermeidung von Geräuschquellen beim Straßenbau durch Verhütung extremer Steigungen, Unterlassung des Baues von lärmleitenden Häuserschluchten, Anlage seitlicher Abpflanzungen als Lärmschirm usw.)

Zu den technischen und baulichen Möglichkeiten der Lärmbekämpfung gesellen sich die rechtlichen. Sie geben einerseits Handhabe, die Verursachung übermäßigen Lärmes zu ahnden, andererseits bestimmte Tätigkeiten wegen des zu erwartenden Lärmes zu verbieten. (Verbot der Lautsprecherwerbung, Hupverbot usw.) Das in Ausarbeitung befindliche neue Straßenpolizeigesetz setzt den Kampf gegen den Lärm verstärkt fort und wird endlich die rechtlich einwandfreie Möglichkeit bringen, zum Zwecke "der Fernhaltung störender Lärmbelästigung" Verkehrsverbote für bestimmte Straßen und Straßenzüge zu verhängen. Es sieht unter bestimmten Umständen sogar zwingend ein Hupverbot vor.

Abschließend wird dem Österreichischen Städtetag vorgeschlagen, in einer Entschliebung den Mitgliedsgemeinden die Bekämpfung des Lärmes auf breiter Basis dringend nahezu legen. Im besonderen wird empfohlen: Nutzung der gesetzlichen Möglichkeiten zur Verminderung des Lärmes und das stete Einvernehmen mit den Polizeibehörden zur wirksamen Kontrolle; die Abstimmung der Flächenwidmungspläne auf die Notwendigkeit der Lärmbeschränkung (Planung ruhiger Wohnviertel), der Bau von Umfahrungsstraßen, die Errichtung von lärmfreien, bzw. lärmarmen Zonen durch Anlage von Parks und durch Schaffung von Erholungswegen für Fußgänger und Ausflugswegen für Radfahrer in landschaftlich schönen Geländen; die Werbung durch das eigene Beispiel im kommunalen Wirkungsbereich (zum Beispiel durch Anschaffung geräuscharmer Mülltonnen, durch Umstellung besonders lärmintensiver öffentlicher Verkehrsmittel auf geräuscharme, durch praktische Anwendung der Erkenntnisse der Schalldämpfung beim Bauen von Wohnstätten durch die Gemeinde); schließlich wird die Bildung von Lärmbekämpfungskommissionen, die Förderung der

privaten Vereinigungen gegen den Lärm und die Erziehung zur Lärmbekämpfung durch Vorträge und Unterweisungen empfohlen und die Einführung einer jährlich wiederkehrenden "Lärmbekämpfungswoche" angeregt.

- - -

Puppenverteilung auf dem Ludo Hartmann-Platz  
=====

22. November (RK) Dienstag, den 25. November, um 10 Uhr, findet im städtischen Kindergarten, 16, Ludo Hartmann-Platz, durch die amerikanische 15jährige Preisträgerin im Weihnachtspuppenwettbewerb 1958 eine Puppenverteilung statt. Miß Candy Anderson hat den in den USA sehr beliebten und von der UNICEF geförderten Puppenwettbewerb einer großen Zeitschrift gewonnen. Bei diesem Wettbewerb geht es immer um die beste jugendliche Puppenmacherin, die Puppen aus Liebhaberei anfertigt. Der Preis besteht aus einer 16tägigen Reise durch vier europäische Länder, und zwar durch Belgien, Frankreich, Italien und Österreich. Am Dienstag wird sie in den Kindergarten nach Ottakring 50 Puppen mitbringen und verteilen.

Die Durchführung dieser Veranstaltung liegt in den Händen der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien.

- - -

Johann Eugen Probst zum Gedenken

=====

22. November (RK) Auf den 24. November fällt der 100. Geburtstag von Johann Eugen Probst.

Probst, einer der verdienstvollsten Leiter der Wiener Städtischen Sammlungen, die bis zum Jahre 1938 Bibliothek und Museum zusammengefaßt hatten, wurde in Wien geboren und trat 1886 in den Dienst der Städtischen Sammlungen. 1905 übernahm er als Nachfolger Karl Glossys die Direktion und behielt sein Amt bis 1922. Probst schuf während dieser Zeit gemeinsam mit seinen Mitarbeitern für die Stadtbibliothek den Zettelkatalog der Handschriften und den Nominalkatalog der Bücher sowie die Musiksammlung. Er war auch der Initiator des Museums Vindobonense, das die vor- und frühgeschichtlichen Funde im Gebäude einer aufgelassenen Schule vereinigt. Unter ihm wurde ferner das Schubert-Museum im Geburtshaus des Komponisten errichtet und das Haydn-Museum übernommen. Johann Eugen Probst, der auch als Schriftsteller hervorgetreten ist, starb am 4. August 1937 in Mödling.

- - -

14. Österreichischer Städtetag

Die feierliche Eröffnung

22. November (RK) Der 14. Österreichische Städtetag, der heute und morgen in der Wiener Stadthalle stattfindet, wurde heute feierlich eröffnet. In der festlich geschmückten B-Halle hatten sich mehr als 500 Vertreter der österreichischen Städte und Großgemeinden eingefunden, um an dieser Tagung teilzunehmen, die sich mit einer Reihe von brennenden Problemen der Kommunalpolitik befassen wird. Aber auch aus dem Ausland waren prominente Persönlichkeiten erschienen, darunter der Oberbürgermeister von München Wimmer als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages, die Stellvertretende Generalsekretärin des Internationalen Gemeindeverbandes Frau Dr. Revers, der Geschäftsführer des Bayrischen Städteverbandes und Oberstadtdirektor von München Dr. Jobst, der Beigeordnete des Deutschen Städtetages Dr. Krebsbach, Köln, der Generalsekretär des Jugoslawischen Städteverbandes Bjelicic, Belgrad, und der Stadt-Vorstand von Skoplje, Naumovski, der Vorstand der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung Dr. Badenhoop, Köln, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmungen und Mitglied des Deutschen Bundestages, Jacobi.

Punkt 9 Uhr ertönte die Bundeshymne. Bundespräsident Dr. Schärf betrat den Saal und wurde von Bürgermeister Jonas, dem Obmann des Österreichischen Städtebundes, zu seinem Ehrensessel geleitet. Als Vertreter der Bundesregierung waren erschienen: Vizekanzler DDr. Pittermann, Außenminister Dr.h.c. Ing. Figl und Staatssekretär Dr. Withalm.

Hierauf sprach Bürgermeister Jonas, der den Vorsitz führte, herzliche Worte der Begrüßung und wünschte der Tagung gute Erfolge.

Vizekanzler DDr. Pittermann, der nach ihm das Wort ergriff, dankte den Gemeinden für ihre Mitarbeit in den schweren Zeiten nach dem Krieg und während der vierfachen Besetzung. Zwischen ihnen und dem Bund mögen die natürlichen Gegensätze

überwunden werden und ein für beide Teile fruchtbringendes Ergebnis zustandekommen. Wenn der Bund und die Gemeinden mit dem gleichen Willen für ein gemeinsames Ziel ihre Auseinandersetzungen führen, dann werden sie auch erfolgreich verlaufen und der Freiheit und der Wohlfahrt des gesamten österreichischen Volkes dienen.

Die Stellvertretende Generalsekretärin des Internationalen Gemeindeverbandes in Den Haag, Frau Dr. Revers, begrüßte sodann die Tagung im Namen ihrer Organisation und äußerte sich besonders anerkennend über die Wiener Stadthalle, die sie als eine großartige Leistung des Gemeinschaftslebens unserer Stadt bezeichnete.

Als nächster Redner überbrachte der Oberbürgermeister von München, Wimmer, die Grüße des Deutschen Städtetages und der Münchener Bevölkerung. Er stellte fest, daß sich der 14. Österreichische Städtetag mit Problemen beschäftigt, die auch in der Deutschen Bundesrepublik hoch aktuell sind.

Begrüßungsansprachen hielten auch der Stadtvorstand von Skoplje Naumovski, und der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Bundesrat, Grundemann. Bundesrat Grundemann stellte fest, daß sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit zwischen den beiden Gemeindeverbänden zum gegenseitigen Nutzen sehr vertieft hat.

#### Probleme des Finanzausgleiches

-----

An die feierliche Eröffnung und die Begrüßungsansprachen schloß sich das erste auf der Tagesordnung stehende Referat. Der Wiener Finanzreferent Slavik sprach über Probleme des Finanzausgleiches. Er teilte eingangs mit, daß die bisherigen Verhandlungen über den Finanzausgleich noch nicht abgeschlossen werden konnten. Diese sind in Fluß und noch größere Schwierigkeiten seien zu überwinden.

Seit 1948 haben sich im Finanzausgleich Veränderungen ergeben, die nicht zum Vorteil der Gemeinden sind. Immer neue Opfer mußten die Städte auf sich nehmen. Es gab Schmälerungen des Ertragnisses der gemeinsamen Abgaben und die Einführung

des Notopfers, das immer größer wurde und auch nicht dadurch leichter zu ertragen ist, wenn man es in Bundespräzipium umgetauft hat. Hart ist auch, daß es Zuschläge zur Umsatzsteuer und zur Mineralölsteuer gibt, an denen die Gemeinden nicht beteiligt sind.

Auch bei den Beratungen im Parlament ist manches verändert und ungünstiger geworden, wie zum Beispiel die Festlegung des Bevölkerungsschlüssels. Auch sonst gibt es Entwicklungen, die nicht sehr erfreulich sind. So ist beispielsweise die Grundsteuer stark zurückgeblieben. Vor allem ist aber die Gewerbesteuer stark angegriffen worden. Den Gemeinden verbleiben von der Gewerbesteuer im allgemeinen heute nur mehr zwischen 60 und 80 Prozent.

Stadtrat Slavik kam dann auf die Probleme zu sprechen, die sich daraus ergeben, daß kleinere und mittlere Gemeinden ihre ganze Finanzgebarung auf die auf ihrem Gebiet befindlichen ein oder zwei Betriebe aufbauen. Hat ein solcher Betrieb Konjunktur, dann kann er eine große Hilfe für die Gemeinde sein. Kommt er aber in Schwierigkeiten, dann ergeben sich diese sofort auch für die betreffende Gemeinde. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich Stadtrat Slavik mit den wirtschaftlichen Fragen, die sich aus einer europäischen Integration ergeben. Ganz gleich, ob sie sich für die einen oder anderen gut oder schlecht auswirkt, so müsse man jedenfalls mit großen Veränderungen rechnen. Es ist daher der Wunsch entstanden, den Finanzausgleich auf eine breitere Basis zu stellen und die Gemeinden damit krisenfester zu machen. Bei einem solchen Plan gibt es natürlich viele Partner. Mit einem Partner, dem Österreichischen Gemeindebund, ist die Zusammenarbeit schon sehr eng.

Eine der großen Aufgaben, die alle zusammen in diesem Lande angeht, ist der Straßenbau und die Straßenerhaltung. Die unerhört rasche Motorisierung bringt es mit sich, daß auch abseits gelegene Straßen Bedeutung gewinnen.

Man müsse alles daran setzen, daß in Zukunft die Gemeinden keine neuen Schmälerungen und keine neuen Belastungen erfahren. Der Finanzausgleich sollte für einen längeren Zeitraum, gleich für fünf Jahre, abgeschlossen werden, und zwar mit einer Schutzklausel, damit nicht plötzliche Entscheidungen des Bundes sich überraschend und katastrophal für die Gemeinden auswirken, ohne daß diese etwas dagegen tun können.



Stadtrat Slavik ging dann noch einmal auf die Bedeutung der Gewerbesteuer ein, auf die auch der Bund sein Auge geworfen hat. Im Interesse des großen gesamtösterreichischen Konzeptes müsse man darüber reden und sich dabei ins Besußtsein rufen, daß die Gemeinden längst nicht mehr alle 100 Prozent der Gewerbesteuer für sich besitzen.

Ein neuer Finanzausgleich soll aber auch möglichst zur Verwaltungsvereinfachung beitragen; er soll daher sehr übersichtlich sein.

Was den weiteren Verlauf der Verhandlungen betrifft, so möge an ihrem Ende ein echtes Plus für die Länder und die Gemeinden herauskommen, aber nicht ein Plus, das sich aus einem Rechenkunststück ergibt. So lange der neue Finanzausgleich nicht abgeschlossen ist, müsse vor einem übertriebenen Optimismus gewarnt werden. Doch sollte man nicht die Hoffnung aufgeben und die Bemühungen fortsetzen. Stadtrat Slavik appellierte auch an die Vertreter des Finanzministeriums mitzuhelfen, die restlichen Schwierigkeiten zu beseitigen, denn ein brauchbares Ergebnis würde nicht nur den Ländern und Gemeinden nützen sondern auch zum Wohl des gesamten Staates beitragen.

- - -

## Wieder 59 Schwesterndiplome

=====

22. November (RK) 59 Absolventinnen eines von der städtischen Krankenpflegeschule des Krankenhauses Lainz durchgeführten zweijährigen Ergänzungslehrganges erhielten heute vormittag ihre Krankenpflegerinnendiplome. Sämtliche Teilnehmerinnen an diesem Lehrgang sind bereits seit Jahren in verschiedenen Wiener Krankenanstalten tätig und hatten sich im Dienst am Krankenbett gut bewährt. Der Direktor der Krankenpflegeschule Lainz, Dozent Dr. Schneiderbauer, lobte ihren Fleiß und Lerneifer, der ihnen nun zum ersehnten Diplom verholfen hatte.

Mit dem Diplom, sagte der Personalreferent Stadtrat Riemer, der den Schwestern an ihrem Ehrentag die Grüße des Bürgermeisters übermittelte, haben sie nicht nur die höhere Weihe, sondern auch den Anspruch auf höhere Einstufung erreicht. Mit dem erfolgreichen Abschluß ihrer Ausbildungszeit gaben sie auch ihren Kolleginnen ein gutes Beispiel. Für die Gemeinde Wien ist es ein Ansporn, die Nachbildung noch mehr zu betreiben und allen im Spitalsdienst stehenden Frauen Gelegenheit zu geben, vollwertige Schwestern zu werden. Die Gemeinde Wien bekennt sich somit zur Verpflichtung, den Patienten nicht nur die besten Ärzte, sondern auch bestausgebildete Pflegerinnen zu geben.

Vizebürgermeister Weinberger hob hervor, daß jede diplomierte Schwester eine willkommene Verbesserung in unserem Gesundheitsdienst bedeutet. Er gab seiner Freunde über den guten Verlauf der Abschlußprüfungen zum Ausdruck, die elf Schwestern mit "Auszeichnung" und 42 mit "gut" bestanden. Er dankte dem Lehrkörper für seine Bemühungen und wünschte den diplomierten Pflegerinnen die besten beruflichen Erfolge.

Er übergab dann gemeinsam mit Stadtrat Riemer im Beisein des Leiters des Anstaltenamtes Obersenatsrat Dr. Schwarzl und Stadtphysikus Dr. Dirschmid die Diplome und Broschen.

Im Rahmen der Feier wirkte das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien mit.

## Glückwunsch zum 10. Kind

=====

22. November (RK) Vizebürgermeister Honay beglückwünschte heute mittag in der II. Frauenklinik des Allgemeinen Krankenhauses Frau Maria Menzel zur Geburt ihres 10. Kindes. Die erst 28jährige Gattin eines Arbeiters aus Jedlersdorf ist nunmehr Mutter von 4 Mädchen und 6 Buben. Der neuen Erdenbürgerin Sylvia überreichte er als Taufgeschenk der Stadtverwaltung mit dem Säuglingswäschepaket ein Sparkassenbuch der Zentralsparkasse mit Einlage, der Mutter einen prächtigen Blumenstrauß. Er wünschte der Mutter und ihrer Kinderschar für die Zukunft viel Glück und Gesundheit.

- - -